

**Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012 (Thüringer Haushaltsgesetz 2012 - ThürHhG 2012 -)**

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 5/3224

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir führen jetzt eine Diskussion fort, die schon in der Grundsatz- oder Generalaussprache begonnen hat, insofern will ich, anders als Herr Kollege Bergner, nicht noch mal das wiederholen, was da schon gesagt wurde, sondern aus Effizienzgründen - wir haben noch ein großes Programm - will ich nur auf einige ausgewählte Dinge eingehen. Sie wissen, unsere Fraktion lehnt grundsätzlich den Kommunalen Finanzausgleich in seiner jetzigen Form ab. Das haben wir schon des Öfteren begründet. Ich möchte noch ein paar ergänzende Argumente vortragen, mit denen kann sich dann auch der Finanzminister sicherlich in seiner Erwiderung auseinandersetzen. Das macht so eine Debatte spannend auch für die Gäste und Zuschauer hier im Saal oder im Netz. Ich möchte den Ausgangspunkt wählen, und zwar die Steuerschwäche der Thüringer Kommunen. In der gesamten Diskussion hat das bisher immer nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

Unsere Kommunen haben etwa Einnahmen von 4,6 Mrd. €, auch Ausgaben in dieser Größenordnung, haben aber tatsächlich eigene Steuereinnahmen von nur rund 20 Prozent, 1,1 bis 1,2 Mrd. €. Das heißt, die kommunale Steuerquote beträgt ganze 20 Prozent. In den alten Bundesländern liegt die im Regelfall bei 30, 35 Prozent. Das hat etwas mit der Steuerstruktur zu tun, weil die kommunalen Steuern eben einkommens- und wirtschaftsdominiert sind und wir nach wie vor beim Einkommen und auch bei der Wirtschaftskraft im Vergleich zu den alten Bundesländern hinterher hängen. Demgegenüber, neben dieser Steuerschwäche, haben wir eine hohe Dominanz der Landeszuweisungen. 60 Prozent der kommunalen Einnahmen resultieren aus Landeszuweisungen. Das macht die hohe Abhängigkeit deutlich. Deshalb entsteht auch diese sehr intensive Auseinandersetzung, weil jede Streichung bei den Landeszuweisungen sich besonders spürbar auf der kommunalen Ebene auswirkt, weil die kommunale Steuerkraft so gering ist, und eigene Gestaltungsspielräume bestehen da nur sehr begrenzt.

Ein zweiter Fakt, der in der Diskussion immer nur eine untergeordnete Rolle spielt: Bereits im Jahre 2011 waren 40 Prozent der Kommunen, also rund 400 Prozent der Gemeinden, nicht in der Lage, ihren Verwaltungshaushalt nach den Vorgaben des Haushaltsrechts auszugleichen. Das heißt, in den Verwaltungshaushalten konnte die Mindestzuführung zu dem Vermögenshaushalt in Höhe der ordentlichen Tilgung nicht vollständig erwirtschaftet werden. Der Haushalt war zwar insgesamt ausgeglichen, aber eigentlich diese Kennziffer für Leistungskraft, nämlich das im Verwaltungshaushalt mindestens die Tilgung erwirtschaftet wird, konnten schon 400 Gemeinden nicht erfüllen. Insofern ist das ein Beleg dafür, dass wir doch in einer komplizierten Situation sind. Unbestritten gibt es manchmal auch differenzierte Betrachtungen und die Steuerkraft ist unterschiedlich und manche Gemeinden jammern auf hohem Niveau. Aber das müssen wir bitte zur Kenntnis nehmen. Da hat ja Herr Höhn heute Morgen gefragt, warum zum Beispiel Kommunen diese Resolution unterschrieben haben, die gar keine Schlüsselzuweisungen erhalten. Das muss nun Herr Höhn entweder hören oder im Protokoll nachlesen oder Herr Hey sagt

es ihm,

*(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Ich sage es ihm.)*

in der Resolution ging es auch um andere Elemente des Finanzausgleichs, zum Beispiel das Problem der „Reichensteuer“, dazu komme ich dann noch mal, also dieser Finanzausgleichsumlage. Deswegen haben natürlich auch Gemeinden, die keine Schlüsselzuweisungen erhalten, sich an dieser Resolution beteiligt, weil sie dort eben bestimmte Gefährdungspotenziale sehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Lehmann hat heute morgen darauf verwiesen, die Landkreise bekommen jetzt 15 Mio. € weniger Kürzungen - da bitte ich übrigens Sie, Herrn Hey, Sie sind sonst so ein sehr korrekter Kollege - und auch Sie haben formuliert, weitere 60 Mio. € bekommen die Kommunen. Das stimmt nicht. Wir kürzen jetzt nur noch 133 Mio. €. Wir haben ja erst 193 Mio. € weggenommen, jetzt wieder 60 Mio. € draufgelegt. Ihre Frau wäre beim Haushaltsgeld sehr unzufrieden, wenn Sie eine vergleichbare Rechnung anstellen würden, wenn Sie ihr eben erst was wegnehmen.

*(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Er ist alleinstehend.)*

Wahrscheinlich weil Sie so rechnen, sind Sie noch allein, weil dann keine Frau mit Ihnen die Haushaltskasse teilen will.

Also 133 Mio. € kürzen wir. Das sind die Fakten. Von Ihnen erwarte ich das, ich meine, wenn Herr Fiedler und Frau Lehmann hier so unkorrekt sind, dann ist das schon traditionell, aber Sie waren bisher immer ein korrekter Kollege.

Also, Frau Lehmann, auch wenn Sie sagen, Sie legen bei den Landkreisen wieder 15 Mio. € drauf, das heißt, Sie kürzen bei denen nur noch 50 Mio. €, nicht mehr 65 Mio. € und Sie erwarten, dass sich das nicht auf die Kreisumlage durchschlägt, also dass die Landkreise die Kreisumlage nicht antasten oder weniger antasten. Dann hätten Sie doch aber unseren Vorschlag im Ausschuss aufgreifen können, wir haben ein sogenanntes Kreisumlagenmoratorium vorgeschlagen, indem wir gesagt haben, liebe Leute, die kreisangehörigen Gemeinden werden doppelt belastet. Wir kürzen bei ihnen die Schlüsselzuweisungen und es besteht die Gefahr, dass die Landkreise jetzt zumindest sich einen Teil der noch 50 Mio. €, die denen fehlen, sich über die Kreisumlage wieder holen. Wir haben auch Vorschläge unterbreitet, wie man für die Landkreise das so abfedern kann, dass sie eben nicht in die Schieflage kommen.

Übrigens eine dritte Verwerfung, Herr Finanzminister, auf der kommunalen Ebene sind die Kreishaushalte. Es darf uns nicht mehr unberührt lassen, dass inzwischen bei den Kreishaushalten nahezu 60 Prozent der Ausgaben im sozialen Bereich anfallen und damit die Gestaltungsspielräume für andere Bereiche, was Kreisstraßen betrifft, was die Schulträgerschaft betrifft, immer enger werden. Die Landkreise haben aber de facto keine Möglichkeit, auf diesen Bereich der Sozialausgaben aktiv selbst Einfluss zu nehmen, weil sie keine geeigneten Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik mehr haben. Es gab mal einen GRÜNEN-Politiker Trittin, der hat zutreffend aus meiner Sicht formuliert, die Landkreise und kreisfreien Städte in Thüringen die Endlagerstätten der Arbeitslosigkeit sind. Das ist sicherlich zugespitzt, aber da ist viel Wahrheit drin. Mit dieser Verwerfung müssen wir uns auseinandersetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Höhn hat heute früh formuliert, die Mehreinnahmen von 17 Mio. € verbleiben in den Gemeinden. Das ist sicherlich ein erster richtiger Schritt, aber, Herr Finanzminister, wir sind uns dort einig, die Einnahmeseite steht

bei uns gar nicht so in der Kritik, sondern in erster Linie geht es um die Ausgaben, die die Kommunen zu leisten haben. Da hat es wenig Sinn, immer nur zu sagen, die 17 Mio. € können die Gemeinden behalten. Wir müssen uns mit den Aufgabenkatalogen auseinandersetzen. Dort setzt unsere Kritik an, dass bei der Ermittlung der Kosten für den Bereich der Ausgaben die gemeindlichen tatsächlichen Aufwendungen aus unserer Sicht nicht immer ordnungsgemäß abgebildet wurden.

Ich mache das an einem Beispiel fest, das kennen Sie selbst, die Vorlage stammt ja aus Ihrem Hause, Sie unterstellen einfach, dass es auf der kommunalen Ebene keine Investitionsbedarfe mehr in der Größenordnung gibt wie bisher, und ziehen dort im zweistelligen Millionenbereich einfach Gelder ab. Jeder der sich durch unsere Kommunen bewegt, weiß, es ist ein neuer Investitionsstau entstanden. Das Difu-Institut hat den Investitionsbedarf mit jährlich 1,5 Mrd. € angegeben. Tatsächlich investieren die Kommunen 800 Mio. €. Da tut sich ein Problem auf, das in 5 bis 10 Jahren dann auch wieder sichtbar wird. Sichtbar, zurzeit bröckeln nur Fassaden, aber in 10 bis 15 Jahren ist dann auch die technische Infrastruktur verschlissen. Wer schon Kommunalpolitik vor 1989 gemacht hat, weiß, wohin das führt, wenn kommunale Infrastruktur nicht erhalten bleibt. Sie zerfällt dann in einem Maße, da ist sie nicht mehr zu retten. Da ist sie nicht mehr zu retten und die Investitionsaufwendungen sind viel höher.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Das wissen auch die, die die Pannen der

*Kommunalpolitik damals ertragen mussten.)*

Ja, auch das, natürlich, die Bürger hatten die Folgen zu tragen, der Hinweis ist richtig, Herr Bergner.

Zwei weitere Aspekte zur inneren Struktur des Finanzausgleichs, zum Problem der „Reichensteuer“ oder Finanzausgleichsumlage, wie es fiskalisch korrekt heißt. Wir stehen einem solchen Modell relativ offen gegenüber, sind aber auch davon überzeugt, Ihr Ansatz, dass bereits nach Erreichen der Bedarfsmesszahl 30 Prozent abzuführen sind, führte bei einigen Gemeinden tatsächlich dazu, dass sie wieder in den Bereich der Schuldenzuweisung zurückfallen. Deswegen haben wir einen anderen Vorschlag gemacht, der vernünftig ist, der auch eine gewisse Progression beinhaltet, und sagt, wer eine überproportionale, also noch mal hat, soll etwas mehr abführen.

Zu den Kollegen der FDP: Sie müssten zur Kenntnis nehmen, dass ein Teil der 43 Gemeinden aus raumordnerischen und landesplanerischen Erwägungen heraus über diese Steuerkraft verfügt. Der eigene kommunale Anteil hält sich in Grenzen. Ich sage mal, Hohenwarte profitiert davon, dass in den 60er-Jahren dort ein Pumpspeicherwerk errichtet wurde, das jetzt Vattenfall betreibt. Burgk oder z.B. die Gemeinde Goldisthal profitieren auch davon, dass dort Infrastrukturentscheidungen getroffen wurden, die hat nicht die Gemeinde getroffen, sondern die haben andere getroffen.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Aber ein Teil dieser Gemeinden hat so viele Schulden, dass sie das Geld zum Schuldenabbau brauchen.)

Von daher halten wir das für nicht schlecht. Sie zementieren mit dem Finanzausgleich die Kleingliedrigkeit, die gegenwärtige Kleingliedrigkeit, indem Sie den Ausgleichssatz von 70 auf 80 Prozent erhöhen, durch die „Reichensteuer“ und auch den Wegfall der Fusionsprämie. Damit entziehen Sie steuerschwachen Gemeinden ein Druckpotenzial, sich auch um neue Strukturen zu bemühen und zu kümmern. Auch das finden wir nicht in Ordnung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Urteil des Verfassungsgerichts habe ich mich schon heute Morgen geäußert. Noch eine abschließende Bemerkung, was die Einnahmen und die Ermittlungen betrifft: Wir halten auch dort die Heranziehung fiktiver Hebesätze für zulässig. Wir fordern nur, dass den Gemeinden ausreichend Zeit bleibt, mit den Betroffenen eine Diskussion zu führen, damit die Argumente der FDP eben nicht auf fruchtbaren Boden stoßen, weil dort Ängste geschürt werden, die unberechtigt sind. Sie wissen das, bis zum Hebesatz von 400 Prozent bei der Gewerbesteuer wird der Einzelunternehmer überhaupt nicht zusätzlich belastet. Er kann es vollständig mit der Einkommenssteuer verrechnen. Es ärgert mich immer wieder, dass Sie durch das Land ziehen und Ängste schüren!

*(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Ich habe die willkürlichen Ansätze kritisiert und keine Ängste geschürt.)*

Wir wissen, dass sich viele Gewerbetreibende - auch mit dem Parteibuch der LINKEN - an uns wenden und sind verunsichert. Deswegen sage ich Ihnen, Herr Finanzminister, wir brauchen Zeit, um mit den Betroffenen darüber zu reden. Sie haben uns durchaus auf der Seite, wenn es darum geht, diesen Hebesatz dort festzuschreiben, er ist jetzt festgeschrieben, aber diese Zeit zur Diskussion brauchen die Kommunen. Auch bei dem, was die Grundsteuer betrifft, bitte ich um ein Maß der Versachlichung. Wir wissen, das ist umlagefähig auf die Miete und trifft natürlich auch eine Klientel, für die wir Politik machen. Aber, es gibt bei den Betriebskosten ganz andere Preistreiber, das sind die Heizkosten, das sind die Gebühren für Abfall, Wasser und Abwasser. Die Grundgebühren machen ganze 3,7 Prozent an den Betriebskosten aus. Deswegen sagen wir, auch dort brauchen wir Zeit. Wir sehen noch eine Reserve, das ist die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen. Dort sehen wir tatsächlich auch Möglichkeiten, zusätzliche Einnahmen zu erwirtschaften. Da muss aber die Landesregierung tatsächlich mal auf Herrn Machnig hören, und wenn ich das sage, ist das durchaus überzeugend, denn ich stimme ja Herrn Machnig nicht immer zu. Aber in dem Punkt hat er recht, wir müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen zumindest so gestalten, dass die Kommunen auch finanzielle Erträge aus der wirtschaftlichen Betätigung für ihren Haushalt sicher vereinnahmen können. Damit erhöhen wir Leistungskraft, das geht nicht in den jetzigen Strukturen. Zum Entschließungsantrag von CDU und SPD, was die Gemeindeneugliederung betrifft, werde ich mich morgen Vormittag äußern, denn da haben wir ja das Thema „Gebietsreform“. Herr Hey hat das „einen fabelhaften Entschließungsantrag“ genannt. Wenn ich das sinngemäß bzw. frei übersetze, „Fabel“, das wird übersetzt mit „Legende, Sage und Märchen“, aber ich bin überzeugt, in dem Fall waren Sie wieder ehrlich. Danke.

*(Beifall DIE LINKE)*